

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 134

Montag, 23. Februar.

1891

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Preussisch-Posen. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die halbspaltige Zeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Preisschätzung für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei H. H. Schick, Postfach, Gr. Gerber- u. Breitenstr. 2, Odo, Otto Kietzsch, in Firma J. Neumann, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei S. Chayleski, in Meseritz bei H. Kallias, in Breschen bei J. Jadesch, u. b. d. Inserat-Annahmestellen von G. L. Pande & Co., Saalestein & Högler, Rudolf Hoff und „Sonnenabend“.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

39. Sitzung vom 21. Februar, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Das Haus setzt die zweite Beratung der Einkommensteuervorlage fort mit den §§ 84, 84a und 85, welche die Verwendung der Ueberschüsse aus dem Einkommensteuergesetz bestimmen.

Nach der Regierungsvorlage sollten diese Ueberschüsse, soweit nicht zur Bedeckung des Etats darüber verfügt wird, bis zur anderweitigen Regelung einem besonderen, dem Finanzminister unterstellten Fonds zugeführt werden, der bei der fernerer Reform der direkten Steuern behufs Erleichterung der kleineren und mittleren Einkommen, insbesondere auch bei Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer an Kommunalverbände bestimmt bleiben sollte. Für den Fall, daß diese besondere gesetzliche Regelung bis zum 1. April 1895 nicht erfolgt sei, bestimmte § 85 einen den Ueberschüssen entsprechenden Erlaß der Einkommensteuer in gleichen Monatsraten aller Steuerstufen.

Die Kommission hat den § 84 dahin umgeändert, daß die Ueberschüsse nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes nur zur Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verwendet werden sollen, und einen besonderen § 84a eingefügt, der bis zu dieser Ueberweisung, spätestens bis zum Staatsjahr 1893/94, die Ueberschüsse einem besonderen Fonds zuführt. Die Verwendung zum Erlaß von Einkommensteuern rät die Kommissionsfassung „bis zum Zustandekommen eines entsprechenden Gesetzes“ bereits vom 1. April 1894 an vor.

Hierzu liegen aus allen Parteien eine große Reihe von Abänderungsanträgen vor.

Von freisinniger Seite will ein Antrag Ricker die Verwendungsbestimmungen durch die Bestimmung ersetzen, daß die Höhe der Einkommensteuer sich nach dem jeweiligen Staatsbedarf zu richten hat, und in jedesmaligen Etat festgestellt wird, wieviel Monatsraten zur Erhebung kommen. (Quotifizierung.)

Ein zweiter Antrag Ricker will in die Kommissionsfassung zu § 84 als Hauptveränderungszweck, wieder entsprechend der Regierungsvorlage, die fernere Reform der direkten Steuern behufs Erleichterung der kleinen und mittleren Einkommen einfügen, sowie außer der Ueberweisung der Haus- und Gebäudesteuer, auch die Ueberweisung der Gewerbesteuer in Aussicht nehmen, und unter Streichung des § 84a die Verwendung der Ueberschüsse zu Erläßen von Einkommensteuern bereits vom 1. April 1892, also mit Inkrafttreten des Gesetzes an eintreten lassen.

Ein Antrag Fritzen-Wenders (Ctr.) ist mit dem zweiten Antrag Ricker identisch.

Von nationalliberaler Seite liegt ein Antrag Schöblich vor, der die Ueberschüsse nur in den beiden ersten Jahren zur gesetzlichen Durchführung der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden, vom 1. April 1894 an aber zu einem entsprechenden Erlaß an Einkommensteuern verwenden will.

Ein Eventualantrag Dr. Weber (Halberstadt) will bei Nichtregelung der Ueberweisungsfrage bis zum 1. April 1894 oder nicht vollständiger Verwendung der Ueberschüsse zur Ueberweisung, die verbleibenden Ueberschüsse zu Einkommensteuererläßen verwenden.

Ein anderer nationalliberaler Antrag Bartmer-Enneccerus und Genossen will der Regierung aus dem Ueberschussfonds bis zur Regelung der Ueberweisungsfrage gemäß § 84a 20 Millionen Mark zu Volksschulbauten zur Verfügung stellen und bei Nichtzustandekommen des Ueberweisungsgesetzes die Ueberschüsse nach Maßgabe der Grund- und Gebäudesteuern an die Kreise, beziehungsweise in den neuen Provinzen an die Gemeinden überweisen.

Ein Antrag Freiherr v. Huene (C.) will bis zum Zustandekommen des Ueberweisungsgesetzes die Ueberschüsse an die Kreise zur Bildung von Schulbaufonds überweisen.

Ein Antrag Freiherr v. Los (B.) verlangt die sofortige Verwendung der Ueberschüsse zur Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kreise, in den Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein, Westfalen, der Rheinprovinz und Hessen-Nassau an die Gemeinden, zur Hälfte nach Maßgabe der Einwohnerzahl, zur Hälfte nach Maßgabe der Grund- und Gebäudesteuer, wobei bis zur gesetzlichen Regelung der Verwendung dieser Beträge in der Kommunalbesteuerung dieselben gleich den übrigen Kommunalentnahmen verwandt werden.

Ein Antrag Sperlich (B.) schlägt statt des § 84a bis zur definitiven Regelung der Ueberweisungsfrage die Ueberweisung der Ueberschüsse an die Kreise nach Maßgabe der lex Huene vor.

Von konservativer Seite verlangt ein Antrag v. Bismarck lediglich die Verwendung der Ueberschüsse zur Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer, resp. Ueberweisung derselben an die Kommunalverbände unter Befreiung jeder weiteren Verwendungsbestimmung.

Ein freikonservativer Antrag v. Balan und Genossen will die Ueberschüsse bis zu 10 Millionen Mark bis zum Erlaß eines Verwendungsgesetzes, spätestens aber bis zum Staatsjahre 1893/94, für Volksschulbauten und darüber hinaus zur Ueberweisung an die Kreise nach der lex Huene verwenden. Zugleich mit diesem Paragraphen wird das Volksschulgesetz zur zweiten Beratung gestellt, das nach der Kommissionsfassung der Regierung 20 Millionen Mark zur Unterstützung der Gemeinden bei Volksschulbauten zur Verfügung stellt.

Abg. Sperlich (Ctr.): Die Frage der Quotifizierung kann gelegentlich des Einkommensteuergesetzes nicht zum Ausdruck gebracht werden. Eine Ansammlung von Fonds zu den Zwecken, die wir noch nicht kennen, kann ich nicht befürworten. Ferner bin ich gegen eine mechanische Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer. Mein Antrag dagegen ist der einzig richtige Ausweg; denn er wird

zur Folge haben, daß die Zahl der Gegner gegen das ganze Gesetz sich vermindern wird, während jeder andere Antrag ihre Zahl zu vermehren geeignet ist.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (fr.): Den Prinzipalanspruch Ricker verwerfen wir von vornherein, denn wir fürchten das Zustandekommen des Gesetzes zu gefährden, wenn wir eine so schwerwiegende Verfassungsfrage wie die der Quotifizierung jetzt materiell behandeln. Einverstanden sind wir mit der Normierung der Erträge der Steuer auf 80 Millionen und des Zuschlagsprozentsatzes auf 4 Prozent. Ablehnen müssen wir alle Anträge, welche eine weitere Entlastung der mittleren und kleineren Einkommen aus den Ueberschüssen der Einkommensteuer beabsichtigen. Bedenken hat unter meinen Freunden die Theaurierung der Ueberschüsse nach den Kommissionsbeschlüssen erregt. Da aber keiner der vorliegenden Anträge dieses Bedenken zu beseitigen geeignet ist, so haben wir den Antrag eingebracht, 20 Millionen für die in dem Gesetz vorgeschriebenen Zwecke zu bewilligen; wir wollen aber dabei den Fehler des Antrages v. Huene vermeiden, daß die Theaurierung nimmere bei den Gemeinden zur Ansammlung von Schulbaufonds stattfindet. Wir bitten deshalb, unseren Antrag anzunehmen. Den Antrag Sperlich müssen wir ablehnen, weil er die Bedenken gegen die lex Huene nur noch verschärft. Auch die Vertheilung der Ueberschüsse nach der Einwohnerzahl ist keine gerechte, denn dabei würden die ärmeren, weniger bevölkerten Gegenden am schlechtesten fahren. Die Annahme des Eventualantrages Ricker und die entsprechenden Anträge Fritzen und v. Los würden die Reform der Grund- und Gebäudesteuer hindern, bezw. präjudizieren, deswegen müssen wir sie ablehnen. In dem konservativen Antrag fehlt die Bestimmung, was geschehen soll, wenn das Ueberweisungsgezet nicht zu Stande kommt, und in diesem Falle käme ja unser Hauptbedenken gegen die Theaurierung zur Geltung. Deswegen bitte ich Sie, alle Anträge abzulehnen und nur unseren Antrag anzunehmen.

Abg. Frhr. v. Los (Zentr.): Die Kommissionsvorlage enthalten einige Verbesserungen gegenüber der Regierungsvorlage. Sie markieren deutlicher als jene den Standpunkt der Befreiung der Bruttoerträge. Die Ungerechtigkeit dieser Besteuerung ist ja allgemein anerkannt, denn es kommt dabei eine verschiedene Besteuerung von 3 bis 10 Prozent für Personen mit vollkommen gleichem Einkommen heraus. Hier schon jetzt einzugreifen, ist eine Forderung der ausgleichenden Gerechtigkeit, wir dürfen derartige Zustände nicht länger bestehen lassen. Die Grundsteuer ist keine Staatssteuer, denn der Grund an sich hat keinen Werth, er gewinnt seinen Werth erst durch die Bearbeitung, und ähnlich ist es mit der Gebäudesteuer. Deshalb wäre es konsequent, die Ueberschüsse aus der Einkommensteuer sofort zur Befreiung von Grund- und Gebäudesteuer zu verwenden. Da aber ein solcher Antrag keine Aussicht auf Annahme haben würde, will ich auf einem Umwege zu demselben Ziele kommen. Die Regierung wird ja auf dem von mir angedeuteten Wege die Reform der staatlichen Steuern durchführen. Es kann aber doch sehr leicht ein solcher Entwurf im Landtage scheitern und nicht zum Gesetz werden. Deshalb will mein Antrag für jeden Fall die Ueberweisung sichern.

Abg. Dr. Weber (natl.): Es wäre wünschenswert gewesen, daß die Einkommensteuervorlage Gesetz würde, ohne daß die Grund- und Gebäudesteuer als Schleppeur benutzt würde. Die Anträge, welche in dieser Beziehung eingebracht sind, sind nur allzu sehr geeignet, die künftige Gesetzgebung zu präjudizieren. Es giebt entschiedene Wege, die Frage der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer zu regeln. Der Vorschlag der Regierung lehnt sich an die historische Entwicklung an, und deshalb habe ich mit dem Abg. Hübner einen Antrag eingebracht, welcher die Kommissionsfassung mit der Regierungsvorlage in Uebereinstimmung bringt. Wir wollen eine Verkopplung der Grund- und Gebäudesteuer mit der Einkommensteuer verhindern. Eine Reform der Grund- und Gebäudesteuer ist möglich, aber ich hoffe, daß sie nicht zu einer bloßen Kommunalsteuer gemacht werden wird. Das würde der historischen Entwicklung nicht entsprechen. Unser Steuersystem leidet an dem Mangel an Quotifizierung. Mein Eventualantrag will nun zum Theil wenigstens die Möglichkeit geben, ein bewegliches Element in die Steuerverhältnisse hineinzubringen.

Finanzminister Dr. Miquel: Die Anträge bringen zum Theil den Grundgedanken der Regierung etwas in den Hintergrund. Das Einkommensteuer- und das Gewerbesteuergezet hatten eine besondere Bedeutung für sich selber. Das erstere sollte das Einkommen gleichmäßig treffen und es finden, wo es bisher sich verborgen hat, die Gewerbesteuer eine gleichmäßige, gerechte Veranlagung unter Entlastung der kleineren Gewerbebetriebe. Die Regierung mußte sich aber sagen, daß damit das Hauptziel, die Steuerlast nach der Leistungsfähigkeit anzulegen, noch keineswegs erreicht ist, daß aber dieser erste Schritt der Reform die notwendige Vorbedingung, zur vollen Durchführung dieses Zieles zu gelangen, ist. Es ist keine künstliche Verquickung, daß in dem § 84 dieses zweite Ziel der Reform direkt in bindender Weise in das Gesetz aufgenommen ist. Wir konnten nicht bei dem einen Schritt stehen bleiben, sondern es mußte eine andere Herstellung der Verhältnisse der bestehenden Steuern zu einander eintreten. Wir haben von vornherein erklärt, daß es sich nicht um Mehreinnahmen, sondern um den ersten Schritt zu einer vollen Reform handeln solle. Um aber auch diejenigen zu beruhigen, welche trotz dieser Erklärung zweifeln, ob es wirklich zu einer solchen Reform kommen würde, nahmen wir im § 85 schon jetzt die Bestimmung an, daß, wenn durch die Ueberschüsse die Reform nicht durchführbar sei, die Regierung auf Mehreinnahmen verzichten wolle. Wir haben somit jede Sicherheit, die man verständiger Weise verlangen kann, gegeben und uns zugleich bemüht, diese Reform als einen Gegenstand für sich zu behandeln und zu verhüten, sie mit anderen brennenden Fragen zu verquickeln. (Sehr richtig! recht.) Ueber die Quotifizierung wird eine Einigung gar nicht zu erzielen sein, deshalb bitte ich von vornherein alle Anträge, welche Verfassungsfragen in diese Steuerreformfrage hineinzubringen wollen, abzulehnen.

Wenn Sie mit der Regierung eine durchgreifende Neugestaltung des Verhältnisses der Real- und Objektsteuern zu den Personalsteuern wollen, so bitte ich Sie, sich auch jetzt nicht direkt oder indirekt von diesem Wege abbringen zu lassen. Verschiedene

Anträge gehen aber darauf hinaus. Es wird schwer werden Ueberweisungen von Geldebeträgen an bestimmte Klassen oder Verbände nachher auf irgend eine rationelle Weise zu forcigieren. Geben Sie das Geld erst an die Kreise oder Gemeinden und sagen, Sie wollen hinterher die organischen Bestimmungen machen, so werden Sie damit scheitern (hört! hört!). Das haben die Erfahrungen mit der lex Huene gezeigt, die eigentlich alle Welt für unzweckmäßig hält, wo aber jedermann das Geld behalten will. (Heiterkeit.) Die schwierigsten Fragen werden in diesen Anträgen mit leichtem Herzen zur Entscheidung gestellt, z. B. an welche Verbände soll die Ueberweisung geschehen? Einige machen sich die Sache leicht; sie sagen, im Osten bekommen die Kreise, im Westen die Gemeinden. Die Frage, ob wir in dieser Weise die ganze Grundlage unserer Kommunalverbände im Westen und Osten ungleichmäßig gestalten wollen, ist aber eine Frage ersten Ranges für den preussischen Staat. (Sehr richtig!)

Wir reihen geradezu die preussische Kommunalverwaltung in zwei Stücke, die sich nicht wieder verbinden lassen. Man spricht überhaupt vom Osten und vom Westen, als ob es zwei verschiedene Welttheile wären. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, daß auch im Westen sehr schwache Gemeinden vorhanden sind, und wenn wir auch jetzt die Landgemeindeordnung für den Osten beraten, so wird sie dem Westen auch nicht erspart bleiben. Mit dem bloßen Verzicht des Staates auf diese Realsteuern ist diese Frage gar nicht gelöst. Glauben Sie denn, daß Sie eine dauernde Befriedigung in dieser Beziehung schaffen werden, wenn Sie nicht gleichzeitig die Frage der Kommunalzuschläge und die Frage der kommunalen Besteuerung und die Frage der kommunalen Objektsteuer überhaupt regeln? Mit der bloßen mechanischen Ueberweisung ist nichts gethan. (Sehr richtig!) Wenn Sie diesen Nibelungenhort sofort greifen wollen, dann wird er uns ebenso zum Unheil gereichen wie unseren Vorfahren. Ich bitte daher, das Ziel fest im Auge zu halten, aber die Detail-Ausführungen für den Moment vorzubehalten, wo wir die Materie vollständig beherrschen und die Höhe der Beträge kennen.

Dr. Staatsregierung hält ihren Antrag, den Fonds für Schulbauten aus den Erträgen der lex Huene zu nehmen, unter Beschränkung auf die nächsten zwei Jahre aufrecht. Alle Einwendungen haben mich nicht von der Richtigkeit des Vorschlages überzeugt. Wenn mir nun gesagt wird, wir wollen das Geld behalten, und du magst reden, so lange du Lust hast, dann hört alle Diskussion auf. (Heiterkeit.) Wenn wir aber sagen, die lex Huene wird bei der Ueberweisung doch eingegeben werden, wenn wir nun den ersten Schritt thun wollen zu einer gewissen Limitierung, so ist das eine Vorbereitung für eine definitive Regelung. Die lex Huene ist in den letzten Jahren so hoch gewesen, daß Niemand vorher diese Höhe ab erwarten können. Diese Höhe hängt aber von Zufälligkeiten ab, und es wird dann keine allgemeine Entlastung herbeiführen, wenn wir für zwei Jahre eine mäßige Verminderung eintreten lassen. Wie sich die Staatsregierung dazu stellen wird, wenn Sie ihren Antrag ablehnen, kann ich heute noch nicht sagen; aber jedenfalls würde der Staatsregierung der Beschluß, einen Zentralfonds zu bilden für Schulzwecke angenehmer sein, als eine mechanische Vertheilung nach Kreisen, denn die Bedürfnisse sind sehr verschieden. In manchen Kreisen wird vielleicht überhaupt gar keine dringenden Bedürfnisse.

Aus diesen Gesichtspunkten kann ich Ihnen nur empfehlen, die Regierungsvorlage, die ich immer noch für die einfachste und beste, den Gesamtauffassungen des Hauses entsprechende Lösung halte, unter Ablehnung aller anderen Anträge, auch der Kommissionsvorlage, wieder herzustellen. Die Regierungsvorlage geht aus von dem Gedanken einer Befreiung der Doppelbesteuerung, wie sie heute besteht, und einer gründlichen Reform der Realsteuern im Verhältnis zu den Personalsteuern. Wenn Sie eine Regierung vor sich haben, welche das kühne Wagnis unternimmt, auf das feste Fundament der Realsteuern in der Grund- und Gebäude- und in der Gewerbesteuer zu verzichten, und das Schwergewicht des ganzen direkten Steuereinkommens für den Staat in die Personalsteuern zu verlegen, dann werden Sie es berechtigt finden, wenn ich in der ganzen Verhandlung mit der größten Entschiedenheit darauf bestanden habe, daß nun auch für die richtige Veranlagung dieser Personalsteuer, die in Zukunft die einzige Grundlage der ganzen staatlichen Besteuerung werden soll, alle denkbaren Garantien gegeben werden. Sonst würde es unverantwortlich gewesen sein, jene Steuern, die deutliche und jedes Jahr greifbare Erträge für den preussischen Staat liefern, preiszugeben. Wer mit der Regierung einen solchen kühnen Schritt unternehmen will, der muß wagen und wagen, der muß sich die Bedingungen klar vor Augen stellen und sie auch bis zum letzten Augenblick festhalten. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Strachwitz (Str.): Den letzten Ausführungen des Ministers stimmt ein großer Theil meiner Freunde zu. Auch wir wollen eine gründliche Reform unseres Steuersystems. Sehr wichtig ist die Erleichterung der Kommunalsteuern, und diesen Standpunkt nimmt die Regierungsvorlage ein. Wer die Quotifizierung will, zeigt, daß er eine Reform der Steuer nicht will. Die Quotifizierungsanträge sind unverträglich mit dem Gesetz. Der Antrag Los ist unannehmbar, weil er zu viele befriedigen will. Die lex Huene will Niemand im Lande ganz aufgehoben sehen, der Kommissionsbeschluß würde sie aber zum Theil aufheben und die Vertheilung in anderer Weise vornehmen. Der Antrag Huene bietet den richtigen Ausweg zur Erleichterung der Gemeinden und ich empfehle daher denselben, für den ein großer Theil meiner Freunde stimmen wird. Auch der Antrag Sperlich trägt den kommunalen Bedürfnissen Rechnung, er schließt sich den bestehenden Verhältnissen an, und ich bitte deshalb, eventuell auch diesen anzunehmen.

Abg. Dr. Arendt (fr.): Durch unseren Antrag wird keinesfalls einer künftigen Regelung der Ueberweisung präjudiziert, er weist bloß den Weg, der nachher zweckmäßig einzuschlagen wäre. Einer Bewilligung von 20 Mill. Mark für Schulzwecke aus der lex Huene können wir nicht beistimmen. Bei den jetzigen Verhältnissen, bei der Möglichkeit einer Herabsetzung der Getreidezölle können wir auch eine Abmilderung der lex Huene nicht zulassen. Da aber die Nothwendigkeit der 20 Mill. nachgewiesen ist, so glauben wir gerade aus den Ueberschüssen dieses Gesetzes jene Summe bewilligen zu können.

müssen. Mit dieser Verwendung der Ueberflüsse werden wir aber nicht bloß einer nothwendigen Forderung gerecht, sondern vermeiden auch die Theaurierung, gegen welche wir große Bedenken haben.

Abg. v. Stabłowski (Pole): Wir müssen die schwersten Bedenken gegen die Vorlage der Regierung über die Verwendung von 20 Millionen für Schulzwecke haben angesichts der Ungewißheit der zukünftigen Verhältnisse von Kirche und Schule in Preußen. Wir werden aus diesem Grunde auch gegen alle Anträge stimmen, welche die Durchführung des Volksschulgesetzes erleichtern wollen. Denn dieses Gesetz wird die geistige Verarmung und religiöse Verwilderung, welche jetzt schon im Osten so groß ist, nur noch weiter verbreiten. Wir können um so weniger dafür stimmen, als die Polen als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden. Stipendien werden an Polen nicht vertheilt. Man geht dabei wohl von der Voraussetzung aus, daß die Polen Reichsfeinde sind. Aber heute sitzen doch die Reichsfeinde anderswo. Im Uebrigen werden schon heute an Schulbauten zu viel geleistet, und auch das ist für uns ein Grund, die Anträge abzulehnen.

Abg. Schnatzmeier (konf.): Die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer wird erfolgen müssen, da die Höhe der Kommunalsteuern bereits jetzt eine enorme ist, besonders im Westen. Redner führt hierfür eine Reihe von Beispielen an. Die Schulbauten haben besonders zu den Lasten beigetragen. Wenn man bei uns ein stolzes Schloß zu sehen glaubt, so kann man sicher sein, daß es eine Schule ist. Ich bitte die Regierung, darauf ihre Aufmerksamkeit zu lenken, und ich hoffe, daß es ihr gelingen wird, die Steuerreform voll und ganz zum glücklichen Ende zu bringen, und daß sie sich von dem einmal vorgelegten Ziele, das sie hier dargelegt hat, nicht abbringen lassen wird.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Montag 12 Uhr.
Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 21. Februar.

Der Kaiser besuchte am Freitag Nachmittag noch den österreichischen Botschafter. Am Sonnabend Vormittag konferirte der Kaiser u. A. mit dem Reichskanzler v. Caprivi und mit dem Chef des Generalstabes.

Die Rede, welche der Kaiser in Beantwortung der Ansprache des Vorsitzenden des brandenburgischen Provinzial-Landtages gehalten hat, liegt jetzt in einem „beglaubigten“ Wortlaute vor und lautet danach in ihren Haupttheilen folgendermaßen:

Brandenburgische Männer! Ich freue mich von ganzem Herzen, daß es mir vergönnt ist, wieder einen Abend unter Ihnen zuzubringen, denn es ist einem immer wohl, mit Männern sich zusammen zu finden, von denen man weiß, daß man mit ihnen übereinstimmt und daß man sich mit einander eins fühlt. Wir stehen gewissermaßen noch unter dem Schatten jenes Tages, den wir vor kurzer Zeit gefeiert haben, Ich meine des Jubiläums jenes großen Brandenburgers, von dem Ich so oft und gern zu Ihnen gesprochen habe, des Großen Kurfürsten, jenes Mannes, der mit seinem vollsten Herzen und allen Fibern an seinem Heimathlande hing und mit unermüdlicher, rastloser Thätigkeit dafür sorgte, daß aus tiefer Noth und tiefem Elend die Mark Brandenburg zu einem festen, einigen Ganzen emporstieg. Es ist der Vorläufer von Mir, für den Ich die meiste Schwärmerei habe, der von jeder meiner Jugend als Vorbild vorangeleuchtet hat. Ich weiß sehr wohl, daß in dieser Zeit und im vergangen Jahre manches geschah und sich ereignete hat, was Ihre Herzen und Gemüther bewegt; Ich freue mich, daß meiner Aufforderung zum gemeinsamen Arbeiten, zum einigen Thun im Lande, welche Ich damals in Schleswig-Holstein und später in Schlesien aussprach, so gerne und willig in jeder Beziehung in der Bevölkerung entsprochen worden ist, eben so auch hier in der Mark Brandenburg. Ich meine aber zu gleicher Zeit einen gewissen Stillstand wahrzunehmen zu können, ein gewisses Ragen und ein gewisses Zaudern; Ich meine zu sehen, daß es den Herren nicht leicht wird, den Weg zu erkennen, den Ich beschreite und den Ich Mir vorgezeichnet habe, um Sie und Uns alle zu meinem Ziel und zum Heil des Ganzen zu führen. Wenn wir Schritte thun und arbeiten wollen zum Heile des Ganzen, so müssen wir auch immer das Ganze im Auge haben. Zu diesem Zwecke thut es wohl gut, sich zuweilen in unsere Geschichte rückwärts zu vertiefen. Ich habe im vorigen Jahre an einer Stelle gestanden, die uns Allen geheiligt erscheint, es ist der Boden von Memel. Ich bin in dem Hause gewesen, wo meine Urgroßeltern gelebt und ihre Zeit in schwerer Sorge zugebracht haben, da unser Land zerstückelt am Boden lag, den Eroberer in sich walteten und schalten sehend, ohne Hoffnung auf die Zukunft. Und gerade von dort aus, da niemand sich denken konnte, daß das Land sich jemals wieder erheben würde, sind die ersten Anfänge zur Größe unserer Zeit ausgegangen. Das Fürstenhaus, festhaltend an Gott, am Glauben, an der Treue zu seiner Pflicht; das Volk, fest vertrauend der Hand seines Führers; sie fanden sich beide wieder zusammen, und in diesem Vertrauen liegt das Geheimniß der Größe unseres Vaterlandes. Ich weiß sehr wohl, daß in der Jetztzeit es versucht wird, die Gemüther zu ängstigen. Es schleicht der Geist des Ungehörigens durch das Land; gehüllt in stiller, verführerisches Gewand versucht er die Gemüther meines Volkes und die Mir ergebenden Männer zu verwirren; eines Ozeans von Druderschwärze und Papier bedient er sich, um die Wege zu verwechseln, die klar zu Tage liegen und liegen müssen für Jedermann, der Mich und meine Prinzipien kennt. Ich lasse Mich dadurch nicht beirren. Es mag meinem Herzen wohl wehe thun, zu sehen, wie verkannt die Ziele sind, die Ich verfolge; aber Ich hege das Vertrauen, daß alle diejenigen, die monarchisch gesonnen sind, die es gut mit Mir meinen, und daß vor allen Dingen die brandenburgischen Männer nicht einen Augenblick wankend geworden sind und nie gewankt haben an dem, was Ich that. Wir müssen vorwärts streben, wir müssen arbeiten und im Innern kämpfen. Aber wenn das Ganze gedeihen soll, so seien Sie sich dessen klar, müssen hier und da im Einzelinteresse (Der Bericht ist an dieser Stelle anscheinend mangelhaft; offenbar soll es heißen „an Einzelinteressen“). D. Red.) Opfer gebracht werden. Unsere jetzigen Parteien sind gegründet auf Interessen und verfolgen dieselben oft zu sehr, eine jede für sich. Es ist ein hohes Verdienst meiner Vorfahren, daß sie sich nie zu den Parteien gestellt, sondern daß sie stets darüber gestanden haben, und daß es ihnen gelungen ist, die einzelnen Parteien zum Wohle des Ganzen zu vereinigen. Nun, Sie sehen ja, wie der Erfolg diese Bemühungen gekrönt hat zum Heile des Ganzen, zum fortschreitenden Gedeihen unserer Arbeit. Ich hoffe und spreche die feste Zuversicht aus, daß ein Jeder von Ihnen in seiner Arbeit und in seinem Wirkungskreis verstehen wird, daß er für das Ganze wirken und arbeiten soll, daß er Mir treu zur Seite stehen und Mir helfen muß. Nun, Brandenburg! Ihr Markgraf spricht zu Ihnen, folgen Sie Ihm durch dick und dünn auf

allen den Wegen, die Er Sie führen wird! So rufe Ich denn nun: es lebe die Provinz Brandenburg, Hurrah! — Hurrah! — zum dritten Mal Hurrah!

Die Rede des Kaisers, schreibt die „Freis. Ztg.“ dazu, wurde in parlamentarischen Kreisen am Sonnabend sehr lebhaft besprochen. Man konnte auf der Kartellseite manche Aeußerungen des Mißbehagens hören. Letzteres giebt sich auch in der Zurückhaltung der konservativen und nationalliberalen Blätter in der Besprechung der Rede kund. In der That ist der Kaiser, welcher erklärt, sich nie zu den Parteien stellen, sondern stets darüber stehen zu wollen, um sich zu bemühen, die einzelnen Parteien zum Wohle des Ganzen zu vereinigen, das gerade Gegentheil von dem seitens der Kartellparteien gepflegten Phantome eines Kartellkaisers, dem gegenüber alle diejenigen, die nicht zu den Kartellparteien gehören, Reichsfeinde sind. Doch das Kartell ist ja im Volke schon längst ein überwundener Standpunkt. Die Aeußerungen des Kaisers gegen diejenigen, welche versuchen, die Gemüther seines Volkes und die ihm ergebenden Männer zu verwirren und sich hierzu eines „Ozeans von Druderschwärze und Papier“ bedienen, sind gerichtet gegen diejenigen, welche noch den Spuren des Fürsten Bismarck folgen und im Fahrwasser der „Hamburger Nachr.“ gleich der „Kreuz-Ztg.“, dem „Deutschen Wochenblatt“, der „Stöcker-Presse“, der „Köln. Ztg.“ es jetzt unablässig so darzustellen suchen, als ob im Volke irgend welche Mißstimmung herrsche darüber, daß die Regierungspolitik hier und da einen anderen Kurs einschlägt als denjenigen der Bismarckschen Politik. Die Aeußerung des Kaisers, daß nur das Gedeihen des Ganzen die Richtschnur darstellen könne, und daß die Einzelinteressen Opfer bringen müßten, kehrt sich besonders scharf gegen die Agrarier und deren Agitationen gegen den Handelsvertrag mit Oesterreich und die Ermäßigung der Getreidezölle. Nicht minder aber auch sind diese Aeußerungen berechnet auf jene schutzöllnerischen Großindustriellen, deren selbstsüchtige wirtschaftspolitische Bestrebungen der Kaiser bereits in den bekannten Aeußerungen auf dem parlamentarischen Diner gegenüber dem freisinnigen Abgeordneten Schmidt verurtheilt. Die freisinnige Partei darf sich rühmen, daß sie niemals Sonderinteressen einzelner Klassen und Stände, weder des Grundbesitzes, noch des Kapitalbesitzes, noch der Arbeiter vertreten, sondern zu allen Zeiten sich bemüht hat, nur das Wohl des Ganzen im Auge zu behalten, so sehr auch die Bismarcksche Politik das Klasseninteresse aufzustacheln sich bemühte, um nach dem Grundsatz „Theile und herrsche“ sich im Vollbesitz der Macht zu erhalten. Die Rede des Kaisers ist nichts weniger als die Bestätigung des freisinnigen Parteiprogramms; aber sie muß in ihrer scharfen Betonung, daß der Kaiser kein Parteikaiser sein will, und daß dem Gedeihen des Ganzen alle Einzelinteressen sich unterordnen müssen, gerade auf die freisinnige Partei ermunternd wirken, für ihre Bestrebungen zum Wohl des Ganzen auch fernerhin alle Kraft einzusetzen.

Auch die „Voss. Ztg.“ urtheilt ähnlich über die Rede des Kaisers, indem sie schreibt: Des Kaisers Rede ist — ganz in Uebereinstimmung mit den Aeußerungen, welche er auf dem Festmahl bei Herrn v. Caprivi that — nicht nur eine scharfe Verurtheilung der Angriffe, welche von Friedrichsruh und andern Stellen gegen die heutige Regierung gerichtet werden, sondern auch eine Kriegserklärung an die Interessenwirtschaft oder „Mißwirtschaft“, welche seit 1878 auf Deutschland lastet, an die „Fronde“, welche nicht dulden will, daß mit der Begünstigung und Bevorzugung einzelner Stände und Erwerbszweige gebrochen werde. Sie ist darum ein klärendes Ereigniß, welches die Hoffnung auf eine durchgreifende Wendung in der Wirtschaftspolitik befestigen muß.

Wegen öffentlicher Aufforderung zu einer strafbaren Handlung gegen Eugen Richter hat, wie telegraphisch bereits in Kürze gemeldet, die Staatsanwaltschaft gegen das konservative „Deutsche Tageblatt“, das Organ des Herrn v. Hellendorff, das Strafverfahren auf Grund des § 111 des Strafgesetzbuches eingeleitet. Wie das „Deutsche Tageblatt“ selbst berichtet, gründet sich das Verfahren auf den Abdruck eines Gedichtes, in welchem über den Abg. Richter aus Anlaß seiner jüngsten parlamentarischen Kritik über den Fürsten Bismarck in der Kornzolldebatte geäußert wird:

Wo ist der Mund, der Richter niederwertet,
Wo ist die Faust, die diesen Wicht zer-
schmettert?

Hierin findet der Staatsanwalt den Thatbestand des § 111 des Strafgesetzbuchs: „Wer öffentlich zur Begehung einer strafbaren Handlung auffordert, wird mit Geldbuße bis zu 600 M. oder mit Gefängniß bis zu 1 Jahr bestraft.“ Das „Deutsche Tagebl.“ wirft die Frage auf, welche Person der Urheber des Strafantrages sei. Es sei ihm nicht möglich gewesen, das Dunkel darüber zu lichten. An Herrn Eugen Richter als Urheber sei nicht zu denken. (Herr Eugen Richter, bemerkt dazu die „Freis. Ztg.“ selbst, hat von dem Strafverfahren erst aus dem „Deutschen Tagebl.“ Kenntniß erhalten.) „Wer hat, so fragt das „Deutsche Tagebl.“, „den Anstoß dazu gegeben, Herrn Eugen Richter, und zwar gerade unter den Umständen des vorliegenden Falls, den kräftigen Schutz des Gesetzes an die Seite zu stellen?“ Diese Frage, so meint das „Deutsche Tageblatt“, könnte geeignet sein, ein lebhaftes allgemeines Interesse zu erwecken und als Schlaglicht zu wirken. Zugleich leistet das „Deutsche Tageblatt“ in einem spaltenlangen Artikel eine de- und wehmüthige Abbitte. Es habe nur der Einsendung eines Dichters Raum gegeben. Dichter pflegen aber den Mund etwas voll zu nehmen. Der Verfasser sei etwas heißspornig und dergl. Die Wendung sei nicht buchstäblich zu verstehen.

Herr Eugen Richter, schreibt hierzu die „Freis. Ztg.“, hat im Laufe der Jahre wohl schon viel ernsthaftere Bedrohungen in seiner öffentlichen Thätigkeit von Seiten politischer Gegner erfahren. Bisher hat freilich die Staatsanwaltschaft niemals von dergleichen Notiz genommen.

Eine Reichstagskandidatur soll nach den „Hamb. Nachr.“ dem Fürsten Bismarck mittels telegraphischer Anfrage eines Wahlkomites angeboten sein. Der Fürst hat abgelehnt, weil persönliche und häusliche Verhältnisse ihm den längeren Aufenthalt in Berlin, zu dem sich der Fürst bei gewissenhafter Ausübung eines Mandates verpflichtet halten würde, zur Zeit nicht gestatteten. Die Mittheilung von dem Kandidaturanerbieten wollen die „Hamb. Nachr.“ aus Harburg empfangen haben. Schade, daß das „Wahlkomite“ nicht genannt ist. In Wahrheit ist gegenwärtig kein Mandat frei in einem Kreise, den zu gewinnen Fürst Bismarck auch nur eine entfernte Aussicht haben könnte. Im 19. Hannoverischen Wahlkreise (Neubaus a. N.) verdrängte Herr Gehard in vorigen Jahre sein Mandat bei der Stichwahl nur der Unterstützung von Freisinnigen und Deutschhannoveranern gegen die Sozialdemokraten. Zur Zeit ist es dort sogar zweifelhaft, ob Herr Gehard überhaupt in die Stichwahl gelangen wird. Die Trauben sind also allerwärts sauer für den Fürsten Bismarck. Indessen sieht Fürst Bismarck offenbar allein ein, daß er im Reichstage eine recht schlechte Rolle spielen würde, zumal er auch als Redner seinem Nachfolger v. Caprivi nicht entfernt gewachsen sein würde. Herr v. Caprivi spricht ruhiger, gewandter, schlagfertiger und beherricht vor allem den Gegenstand, über den er spricht, viel eingehender, als es bei dem Fürsten Bismarck der Fall war.

Posales.

Posen, den 23. Februar.

* Personalien bei den Volksschulen. Im Regierungsbezirk Posen sind angestellt an evangelischen Schulen: a) definitiv der Lehrer Gaumnert in Rogalen; b) unter Vorbehalt des Widerrufs der Lehrer Nafotiz aus Neutomischel vom 1. April ab in Baprotzsch I., Kreis Neutomischel; an paritätischen Schulen: a) definitiv die Lehrer bzw. Lehrerinnen: 1. Paul Gädig; — 2. Klementine Kranz; — 3. Nina Hillmer; — 4. Marie Koffer in Posen; b) unter Vorbehalt des Widerrufs der Lehrer Klimke aus Kusko vom 1. April ab in Klenka, Kreis Jarotischin. Schulaufsicht: 1. Dem Superintendenten Wierke in Wollstein ist die Verwaltung der Ortsschulinspektion dajelbst einverleibt; — 2. dem Pfarrverweser Schmidt in Rostarszewo die Ortsschulinspektion über die evangel. Schulen in Rostarszewo, Goben und Gole übertragen. — An katholischen Schulen im Reg.-Bez. Posen sind angestellt: a) definitiv der Lehrer 1. Berner aus Gr. Wersdorf, Kreis Schweidnitz, vom 1. März ab in Jablonka, Kreis Meseritz; 2. Szumanowski aus Klein-Brzgodzice vom 1. April ab in Wary, Kreis Ostrowo; 3. Geisler aus Brzezje, Kreis Ratibor, vom 1. April ab in Samter; 4. Borczynski in Dolsig; 5. Lorenz in Piekarszew; 6. Laube in Bronke; 7. Matuszewski in Neustadt an der Warthe; 8. Jybursti in Siedlec; 9. Buchwald in Sulmierzyce; 10. Koscianski in Gempin; b) unter Vorbehalt des Widerrufs die Lehrer 1. Boggel aus Wollstein in Kiepin; 2. Noja aus Kiepin in Groß-Polenskiel, Kreis Pomst; 3. Koenig aus Jablonka in Kalau, Kreis Meseritz; 4. Nihil aus Weine in Schmiegel; 5. Boguski aus Gollowitz, Kreis Rybnik in Kontie, Kreis Pomst, sämtlich vom 1. März ab; 6. Vordach aus Swleca, vom 1. April ab in Brzgodzice, Kreis Adelnau. — Im Regierungsbezirk Bromberg sind angestellt: a) einseitig unwiderruflich die Schulanfänger-Kandidaten: 1. Kühmann aus Bromberg in Muromaniez, Kreis Bromberg; — 2. Machekski aus Bromberg in Wytow, Kreis Strelno; — 3. Wipke aus Bromberg in Ruchocinek, Kreis Wittowo; — 4. Born aus Drielen in Theresia, Kreis Garsnau; — 5. Eckert aus Birkenhof in Schanzendorf, Kreis Bromberg; — 6. Lange aus Kottbus in Moritzfelde, Kreis Bromberg; — 7. Semrau aus Prokowo in Wolkowiz, Kreis Garsnau, sämtlich vom 1. April; — 8. der Lehrer Wiele aus Stradun in Wolkowiz, Kreis Garsnau, vom 1. April; b) endgiltig die Lehrer: 1. Beez aus Giesdorf in Drage-Lufas, Kreis Jilehne, zum 1. April; — 2. Sandow aus Drage-Lufas in Cegiemia, Kreis Znau, zum 1. April. Schulaufsicht: Dem Pfarrer Mohr in Hochzeit ist die Ortsschulaufsicht über die evangelische Schule zu Prossel übertr gen worden.

d. Der Abg. Propst D. v. Stabłowski, Prälat, Prosynodal-Examinator, apostolischer Protonotarius, wird am 24. d. M. sein 25jähriges Priester-Jubiläum feiern, und zwar, wie der „Kurzer Bozn.“ mittheilt, nicht in Breschen unter seinen Patrochianen, Freunden und Bekannten, sondern wegen seiner parlamentarischen Thätigkeit in Berlin. Kurz vor Beginn des Kulturkampfes (1873) wurde der Geistliche v. Stabłowski zum Propst an der katholischen Kirche in Breschen ernannt, und 1876 zum Landtagsabgeordneten in dem Wahlkreise Breschen-Schroda-Schrimm gewählt; er vertritt diesen Wahlkreis gegenwärtig also bereits 15 Jahre lang. Kardinal Ledochowski ist von der Zeit her, wo er noch Erzbischof von Gnesen und Posen war, stets sehr wohlwollend gegen den Propst v. Stabłowski gesinnt gewesen, und hat es durch seinen Einfluß auch ausgewirkt, daß derselbe vom Papste Pius IX. zum päpstlichen Kammerherrn und vom Papste Leo XIII. zum apostolischen Protonotor ernannt worden ist.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 21. Febr. S. M. S. „Carola“, Kommandant Korvetten-Kapitän Balette, ist am 20. Februar in Neapel angekommen und beabsichtigt am 28. Februar die Heimreise fortzusetzen.

S. M. S. „Friedrich Carl“, Kommandant: Kapitän z. S. Aschenborn, ist am 21. Februar von Messina nach Korfu in See gegangen.

Wilhelmshaven, 21. Februar. Der kommandirende Admiral Freiherr von der Goltz, der heute eingetroffen war, ist mit dem Panzerschiff „Oldenburg“ nach Portsmouth in See gegangen.

Düsseldorf, 21. Febr. Der bekannte Porträt- und Genremaler Eduard Schulz-Briesen ist heute gestorben.

Greifenberg i. Ober-Schlesien, 21. Febr. Die Poetsch Tiefbauten-Aktien-Gesellschaft übergab gestern den für Rechnung der Oberschlesischen Eisenindustrie-Aktiengesellschaft mittelst des Gefrierfahrens vollendeten Schacht, nachdem die Frostmauer aufgethaut und das heiße Wasser mittelst Rittinger-Pumpe gesümpft worden war. Der Schacht hat 4,5 Meter Länge und 3 Meter Breite im Lichten und ist mit ganzer Schrotzimmerung ausgebaut worden. Die Zimmerung ist im unteren Theile des Schachtes mit Thon hinterstampft und sind die Wasserzugänge aus der Schachtzimmerung unmerklich

so daß dieselben mit dem Gebirge, welches die Oberschlesische Eisen-Industrie beim Weiterabtaufen im festen Kalkstein gewinnt, zu Tage gefördert werden. Für diesen Schacht von 26 Meter Tiefe zahlt die Oberschlesische Eisen-Industrie-Aktien-Gesellschaft an die Poetsch Tiefbau-Aktien-Gesellschaft ca. 44 000 M. und lieferte ca. 1 000 000 Kg. Steinkohlen zur Dampferzeugung gratis.

Karlsruhe, 21. Febr. Dem Staatssekretär des Reichsjustizamts Bosse ist das Großkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen verliehen worden. — Die „Karlsruher Ztg.“ ist ermächtigt, die aus französischer Quelle stammenden Mittheilungen über einen gewaltsamen Tod des Prinzen Balduin mit allen darin enthaltenen abenteuerlichen Einzelheiten für eine böswillige Erfindung zu erklären.

Spalato, 22. Febr. Das vom Statthalter zu Ehren des hier weilenden deutschen Geschwaders veranstaltete Diner fand in einem mit deutschen und österreichischen Flaggen sowie mit den Bildnissen der Kaiser Wilhelm und Franz Josef geschmückten Saale statt. Der deutsche Kontre-Admiral Schröder war mit dem Stabschef und den Kommandanten der deutschen Schiffe, der österreichische Kontre-Admiral Hink mit dem Kommandanten der österreichischen Schiffe erschienen. Außerdem waren der deutsche Vizekonsul und die Spitzen der Behörden anwesend. Der Statthalter brachte unter den Klängen der deutschen Nationalhymne ein dreimaliges begeistertes ausgenommenes Hoch auf Kaiser Wilhelm aus und erklärte, durch die herzlichste Begrüßung der deutschen Gäste erfülle er freudigst einen ehrenvollen Auftrag seines Kaisers. Kontre-Admiral Schröder dankte für die gastliche Aufnahme und brachte unter den Klängen der österreichischen Volkshymne ein dreimaliges begeistertes ausgenommenes Hoch auf den Kaiser Franz Josef aus. Während des Diners herrschte zwischen den deutschen und österreichischen Offizieren ein sehr kameradschaftlicher und herzlicher Verkehr.

Petersburg, 22. Febr. Der Herzog von Orleans wohnte am Donnerstag dem Hofballe im Anitschkoffpalais bei. Wie die „Nowoje Wremja“ meldet, wird der Fürst von Montenegro nach seinem Besuche in Konstantinopel auch Petersburg besuchen.

Den hiesigen Morgenblättern zufolge trifft im Mai ein französisches Geschwader vor Kronstadt ein; ein Theil desselben würde bis Petersburg kommen.

Petersburg, 22. Februar. Das Projekt der sibirischen Eisenbahn ist nunmehr zur Vorlage an das Kommunikations-Ministerium gelangt und wird von da dem Reichsrath zur Bestätigung und Bewilligung der Mittel zugehen.

Petersburg, 22. Februar. Das 40. Reserve- (Cadre-) Regiment (Stabsquartier Kowel, Gouvernement Wolhynien) ist in das 165. Kowelsche Infanterie-Regiment ohne Veränderung der Dislokation umbenannt worden.

Bern, 22. Febr. Wegen Einschleppung der Maul- und Klauenseuche durch italienisches Vieh hat die Kantonsregierung von Nargau, nach dem Vorgange der Berner Regierung, über sämtliches aus Italien eingeführtes Vieh eine zwölfstägige Quarantäne verhängt.

Paris, 22. Febr. Wie die Blätter melden, ist in der vergangenen Nacht vor der Statue der Stadt Straßburg eine boulangistische Kundgebung versucht, jedoch von der Polizei, welche die Theilnehmer auseinandertrieb und einen Ruhestörer verhaftete, verhindert worden.

Paris, 22. Febr. Kaiserin Friedrich machte gestern Vormittags einen Spaziergang nach dem Tuileriesgarten und besichtigte darauf mehrere Läden in der Rue Rivoli sowie die Gemäldesammlung Sedelmeyers. Am Nachmittag stattete dieselbe in Begleitung der Prinzessin Margarethe, der Gräfin Perponcher sowie des Grafen Seckendorf dem Maler Muntascy einen Besuch ab. Prinzessin Margarethe unternahm in Begleitung des Botschafters Grafen Münster und des Militärattachés Frhr. v. Sülzkind einen Spazierritt im Bois de Boulogne. Am Abend findet in der deutschen Botschaft ein kleines Diner statt.

Paris, 22. Febr. Kaiserin Friedrich verließ heute Vormittag 9 Uhr 30 Min. die deutsche Botschaft, machte im Garten der Tuileries einen etwa einstündigen Spaziergang und begab sich alsdann mit der Prinzessin Margarethe in die protestantische Kapelle in der rue royale. Nach dem Gottesdienste fuhren die Herrschaften in einem offenen Landauer, von etwa 200 Personen, welche sich vor der Kirche aufgestellt hatten, respektvoll begrüßt, zum Marsfeld. Auf einem längeren Spaziergange daselbst passirte die Kaiserin auch die Maschinen-gallerie, wo sich gegenwärtig eine Militär-Reitschule befindet. Die anwesenden Offiziere grüßten die Besucherinnen. Später folgten die Herrschaften einer Einladung des bairischen Geschäftsträgers Freiherrn v. Tucher zum Dejeuner. Nachmittags wohnte die Kaiserin dem Gottesdienste in der englischen Kirche bei. Die Prinzessin Margarethe begab sich nach dem Konser-vatorium.

Paris, 22. Februar. Kaiserin Friedrich und Prinzessin Margarethe wohnten gestern Abend in Begleitung des Grafen Seckendorf im Theater Bouffes einer Vorstellung von Miß Helvett bei.

Paris, 22. Febr. In einer gestern Abend stattgehabten Versammlung der früheren Patriotenliga protestirte Deroulede gegen die Vetheiligung französischer Künstler an der Kunstausstellung in Berlin.

Die gestern Abend in Mantes und Angers stattgehabten Aufführungen des „Lohengrin“ verliefen ohne Zwischenfall und hatten großen Erfolg.

Paris, 22. Febr. Die russische Regierung hat bei der hiesigen Regierung für den Lieutenant Nachkoff, welcher sich im Auftrage der Petersburger geographischen Gesellschaft zu

wissenschaftlichen Zwecken nach Abyssinien begibt, die Erlaub-nis nachgesucht, die französischen Besitzungen am Rothen Meere ungehindert passiren zu können. Die Erlaubnis ist sofort ertheilt worden.

Die mit der Abänderung der Vorschriften über die Führung der Straßlisten beauftragte Kommission beschloß hinsichtlich der Ausländer, daß die Vergünstigung des Nicht-eintrags in die Listen nur da stattfinden soll, wo eine gleiche Vergünstigung für die französischen Unterthanen im Auslande besteht; die behufs der Ausweisung Verhafteten sollen jedoch stets in den Listen eingetragen werden.

Brüssel, 22. Febr. Der Dampfer „Ipzwich“, welcher Dienst zwischen Antwerpen und Harwich verehrt, stieß mit dem aus London kommenden Dampfer „Queen“ bei Rotterdam zusammen. Letzterer sank; der Dampfer „Ipzwich“ theilte sich an der Rettungsarbeit Sieben Mann der Besatzung küßten das Leben ein.

Oporto, 22. Febr. Der hier lebende pensionirte General Correia Silva ist verhaftet und nach der Festung Foz gebracht worden. Außer dem General sind noch mehrere andere Personen verhaftet worden.

London, 22. Febr. Dem „Reuter'schen Bureau“ gehen über Buenos-Ayres Nachrichten aus Valparaiso vom 20. cr. zu, denen zufolge ein Regierungsdampfer daselbst von Africa eingetroffen ist, wo er Truppen ausgeschifft hatte. Derselbe war von den Rebellschiffen „Guascar“ und „Esmeralda“ verfolgt worden und konnte sich nur mit Mühe retten. Der Dampfer „Cousino“ wurde von Insurgenten genommen. Drei Regimenter sind zum Schutze von Tacna entsandt. Die Regierung entsendet ferner Truppen um Pisagua zurückzunehmen. Iquique befindet sich nach denselben Nachrichten in den Händen der Regierung. Das Rebellen-geschwader ist längs der Küste vertheilt. Valparaiso ist jedoch nicht blockirt.

London, 22. Februar. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Asafite vom 20. d. M. via Suakim gemeldet: Vor der Einnahme von Tofar fand bei Asafite ein heftiges Gefecht mit den Streitkräften unter Osman Digma statt, welches 1 1/4 Stunden währte. Osman Digma nahm nicht persönlich an demselben Theil. Seine auf etwa 2000 Mann geschätzten Streitkräfte griffen mit großem Ungeßüm die ägyptischen Truppen an, welche mehrere bei Asafite gelegene, in Ruinen liegende Gebäude besetzt hielten. Es entspann sich ein erbitterter Kampf Mann gegen Mann, bis zuletzt die ägyptische Reiterei zum Angriffe auf den Feind vorbrach, denselben überritt und in die Flucht schlug. Die Araber wurden gänzlich zerstreut und flüchteten unter Zurücklassung von etwa 700 Todten, welche rings um die ägyptische Stellung herum das Feld bedeckten. Auf englischer Seite wurden ein englischer Kapitän getödtet, einer verwundet, 4 ägyptische Offiziere schwer verwundet, 12 ägyptische Soldaten getödtet, 42 verwundet. Die Ägypter eroberten zwei Kanonen, viele Feldzeichen und eine Menge Waffen und Munition. Alle hervorragenden Emirs befinden sich unter den Todten. Osman Digma beobachtete den Lauf des Gefechtes von benachbarten Hügeln aus und entkam mit etwa 30 Reitern in der Richtung auf Temrin.

London, 22. Februar. Eine bei der argentinischen Gesandtschaft eingegangene Depesche aus Buenos Ayres vom 20. d. M. besagt, der Mordversuch gegen den General Roca werde allgemein auf das Entschiedenste verurtheilt; es handle sich um eine mit politischen Dingen nicht zusammenhängende That eines Einzelnen. In der Stadt und im ganzen Lande herrsche vollkommene Ruhe.

Salifag, 22. Febr. Gestern ereignete sich in den Kohlenruben von Springhill eine furchtbare Grubenexplosion. Bis jetzt sind 30 Leichen aufgefunden, und man befürchtet, daß die noch in der Grube befindlichen Bergleute gleichfalls todt sind. Springhill ist die bedeutendste Grube des Cumberland-Bekens in Neu-Schottland.

Belgrad, 22. Februar. Das Ministerium hat der Regentenschaft seine Entlassung überreicht, um die Bildung eines Kabinetts zu ermöglichen, welches in seiner Stellung zu der Skupschtina die Staatsangelegenheiten erfolgreicher erledigen könnte. Die Regentenschaft hat die Minister aufgefordert, bis zu einer endgültigen Entscheidung die Geschäfte weiter zu führen.

Kairo, 22. Febr. Osman Digma befindet sich auf der Flucht nach Cassala.

Buenos-Ayres, 22. Febr. In Mendoza sind, wie von dort gemeldet wird, 200 chilenische Flüchtlinge eingetroffen, welche die Nachricht dorthin brachten, daß die chilenischen Aufständischen unter dem General Urriza die Städte Pisagua, Iquique, Antofagasta und Chanaral eingenommen haben. Diese Nachricht wird durch anderweitig hierhergelangte neueste Berichte bestätigt.

Triest, 22. Febr. Der Lloyd-Dampfer „Enterpe“ ist gestern Abend hier eingetroffen.

Angekommene Fremde.

Voten, 23. Februar.

Mylius Hotel de Dresse (Fritz Bremer). Die Nittergutsbesitzer v. Weferski aus Podzietze, Witke aus Stantevo, Bertram aus Strzeßki bei Schroda, Lude aus Patershausen, Major im Generalstab v. Bannwitz aus Kassel, Staatsanwalt Rotering aus Gnesen, Rentmeister Adam aus Rotenburg, Referendar Dr. Eckardt und die Fabrikbesitzer Binchower aus Berlin und Wessel aus Chemnitz, die Kaufleute Morgenroth, Klein, Levisohn und Gebr. Lewin aus Berlin, Faber aus Straßburg im Elsaß, Lewin aus Stettin, Esse aus Mannheim, Poffelt aus Freiwaldau, Rhamber aus Frankfurt a. M., Weisbuh aus Magdeburg, Petermann aus Bielefeld in Westfalen und Weidemann aus Hamburg, Lehrer Fräulein Baerwald aus Pönn, die Sängertinnen Fräulein Lillian Sanberjon und Begleitung aus Berlin, Fräulein Clotilde Kleeberg und Begleitung aus Paris, Privatiers Fräulein Cammer aus Gotha.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Nittergutsbesitzer v. Pilaski aus Warchau, Landwirth Capinski aus Lubzisko, Direktor Georgi aus Berlin, Fabrikant Michael aus Offenbach a. M., Fabrikant Friedmann aus Berlin, die Kaufleute Hestel, Gehlader, Schwerlenz, Boas, Marcus, Böfeling, Scheddin und Lebmann aus Berlin, Bloch aus Zürich, Kofezki aus Guben, Paas aus Gschnitz i. S., Heinz aus Heilsbrunn, Schindler und Denkers aus Plauen i. V., Loh aus Lyon, Tredtel aus Waltershausen, Dorn aus Leipzig, Meber aus Gölitz, Bankier Wolff aus Berlin, die Kaufleute Hermer aus Koblenz, Michel aus München, Minarski aus Bremen.

Hotel Concordia am Bahnhof — P. Röhr. Privatier Weber und Frau aus Hamburg, Kaufmann Küchenmeister aus Krotoschin, Fabrikbesitzer Kaminski aus Inowrazlaw, Landwirth Behrens aus Görden, die Kaufleute Rinowski und Barthel aus Grätz, Schulte aus Osnabrück, Hanulzel aus Berlin, Wehmiohn, Miloslawer und Scholz aus Breschen, Müller aus Stettin, Maurermeister Küchenmeister aus Krotoschin, Kaufmann Goldmann aus Breslau.

Stern's Hotel de l'Europe. Kaufmann Hofrichter aus Berlin, Gutsbesitzerin Gräfin Mielzynska aus Warchau, Kaufmann Schiffmann aus Stettin, Nittergutsbesitzer v. Blachetki aus Chmelenz, Direktor Budide aus Berlin, Inspektor Strehlow aus Eberfeld, Gutsbesitzer Hamann aus Stargard, Verwalter Schlusius aus Schöner, Kaufmann Tili aus Gölitz.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Elke aus Mainz, Rude und Hammerstein aus Berlin, Aerger aus Stettin.

Hotel de Berlin (W. Kamieski). Die Nittergutsbesitzer v. Weferski aus Pianowo, v. Magdzinski aus Polen, Frydychowicz und Familie aus Dziedno, Jasicki aus Wiersko, Baumeister Großmann aus Dornitz, Berl.-Inspektor Bohl aus Berlin, Bürger Kalusi aus Wiloslaw, Nittergutsbesitzer v. Chlapowski aus Gones, Bürger Bierski aus Pector, Kaufmann Krzyzanowski und Frau aus Vemberg.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute König und Friedrich aus Magdeburg, Schnelle aus Bronke, Geißler aus Frankfurt a. O., Bab und Erff aus Berlin, Hochheim aus Schroda, Dirksen aus Boien, die Gutsbesitzer Bräwe und Frau aus Welnice und Pfünzner aus Gnesen, Photograph Göb aus Karlsbad, Vizefeldwebel Hartmann aus Glogau, Redakteur Gertig aus Thorn.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Krüger aus Breslau, Gorthorn und Caro aus Berlin, Wehlhorn aus Leipzig v. Colonna aus Warchau und Drescher aus Gleiwiß, Privatier Frank-Lindheim aus Ruttiau, praktischer Arzt Dr. v. Alkiewicz und Frau aus Budewitz.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Wolfsohn, Sevy und Bergas aus Berlin, Roienberg aus Lübau, Otto aus Neustadt und Jacobsohn aus Göttingen, die Gutsbesitzer Symanski aus Bielawy und Schudmann und Frau aus St. Rieden.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 21. Februar Mittags	2.80 Meter.
= 22. = Morgens	2.32 =
= 23. = Morgens	2.32 =

Heut noch hier, daher pünktlich vier.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 21. Februar. Riemlich fest. 3 1/2 %ige L.-Pfandbriefe 97.75, 4 %ige ungarische Goldrente 93.50, Konsolidirte Türken 19.30, Türkische Loose 80.50, Breslauer Diskontobank 106.50, Breslauer Wechselbank 104.75, Schlesische Bankverein 123.00, Kreditaktien 175.25, Donnersmarchhütte 89.00, Oberschlesische Eisenbahn 86.25, Doppelner Zement 105.90, Kramsta —, Laurahütte 136.35, Verein. Delfabr. 103.25, Oesterreichische Banknoten 177.65, Russische Banknoten 238.50.

Schles. Zinkaktien 187.50, Oberschles. Portland-Zement 116.00, Archimedes —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 130.25, Flöthner Maschinenbau 113.00.

Frankfurt a. M., 21. Febr. Effekten = Societät. (Schluß). Kreditaktien 271, Franzosen 216 1/2, Lombarden 115 1/2, Galizier —, Ägypter —, 4 % ungar. Goldrente 93.30, 1880er Russen —, Gotthardbahn 150.60, Diskonto-Kommandit 210.40, Dresdner Bank 154.30, Laurahütte —, Gelsenkirchen 169.00, Norddeutscher Br. —, Gb. Fest. Neue 3proz. Reichsanleihe 86.70, Träge.

Wien, 21. Febr. Abendbörse. Ungarische Kreditaktien 338.75, österr. Kreditaktien 306.50, Franzosen 243.90, Lombarden 131.60, Galizier 211.75, Nordwestbahn —, Elbethalbahn 222.50, österr. Papierrente 91.95, do. Goldrente 110.30, 5proz. ung. Papierrente 101.00, 4proz. do. Goldrente 105.15, Martnoten 56.35, Napoleons 9.11 1/2, Bankverein 118.25, Tabaksaktien 152.25, Alpine Montan 96.30, Unionbank 247.00, Länderbant 221.80, Schwach.

Paris, 21. Febr. (Boulevard-Verkehr.) 3 % Rente 95.77, Italiener 95.30, 4 % ungar. Goldrente —, Türken 19.70, Zinloose 80.12, Spanier 77.46, Ägypter 495.62, Banque Ottomane 631.25, Rio Tinto 590.00, Tabaksaktien 344.37, Panama —, Ruhig.

Petersburg, 21. Febr. Wechsel auf London 85.10, Russ. II. Orientanleihe 103 1/2, do. III. Orientanleihe 104 1/2, do. Bank für auswärtigen Handel 292, Petersburger Diskontobank 610, Warschauer Diskontobank —, Petersburger intern. Bank 520, Russ. 4 1/2proz. Bodenkredit-Pfandbriefe 140 1/2, Große Russ. Eisenbahn 222, Russ. Südwestbahn-Aktien 117 1/2.

London, 21. Februar. (Schlußkurse.) Sehr ruhig. Engl. 2 1/2proz. Consols 97 1/2, Preuß. 4proz. Consols 104, Italien. 5proz. Rente 94 1/2, Lombarden 12 1/2, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 99 1/2, lomb. Türken 19 1/2, österr. Silberrente 81, österr. Goldrente 98, 4proz. ungarische Goldrente 92 1/2, 4proz. Spanier 77 1/2, 3 1/2proz. Ägypter 94 1/2, 4proz. unific. Ägypter 98 1/2, 3proz. garant. Ägypter 101 1/2, 4 1/2proz. Trib.-Anl. 99, 6proz. Mexikaner 92 1/2, Ottomanbank 15 1/2, Suezaktien 97 1/2, Canada Pacific 77, De Beers neue 15 1/2, Blazdiskont 2 1/2.

Rio Tinto 23 1/2, 4 1/2proz. Rupees 76 1/2, Argentin. 5proz. Goldanleihe von 1886 76 1/2, Argentin. 4 1/2proz. äußere Goldanleihe 57 1/2, Silber 44 1/2.

Rio de Janeiro, 21. Febr. Wechsel auf London 19 1/2.

Produkten-Kurse.

Köln, 21. Febr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 19.00, do. fremder loco 22.00, per März 20.65, per Mai 20.85. Roggen hiesiger loco 17.50, fremder loco 20.00, per März 18.15, per Mai 17.60. Hafer hiesiger loco 15.50, fremder 17.00. Hübsl loco 61.50, per Mai 61.00, per Oktober 62.00.

Bremen, 21. Februar. Petroleum. (Schlußbericht.) Still. Standard white loco 6.55 Br.

Aktien des Norddeutschen Lloyd 142 1/2, G. Norddeutsche W. Kammerei 170 Br.

Hamburg, 21. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holländischer loco neuer 186—198. Roggen loco fest, medienburg. loco neuer 183—190, russischer loco fest, 130—136. Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Hübsl (unverzoßt) ruhiger, loco 58 1/2. — Spiritus still, per Febr. 36 1/2, Br., per Febr.-März 36 1/2, Br., per März-Mai 36 Br., per Mai-Juni 36 1/2, Br. — Kaffee fest. Amst. — Sod. Petroleum ruhig. Standard white loco 6.65 Br. per März 6.60 Br. — Wetter: Trübe.

